

Zunehmende Zweifel am erfolgreichen Abschluss des Friedens- und Erneuerungsprozesses

Karl-Heinz Krämer

Als die Menschen in Nepal im April 2008 eine verfassunggebende Versammlung (Constituent Assembly, CA) wählten, hatten sie große Hoffnung, dass der Friedensprozess erfolgreich abgeschlossen werden könnte. Das Land sollte ein neues demokratisches System erhalten, das sich durch soziale Gerechtigkeit und die gleichberechtigte Einbeziehung der zahlreichen Gesellschaftsgruppen auszeichnete.

Bezeichnend für diesen Willen des Volkes war, dass bei den Wahlen all jene politischen Kräfte auf demokratische Weise abgestraft wurden, die in der Vergangenheit auf konservative Denk- und Handlungsweisen gesetzt und so die dringend erforderliche Erneuerung von Staat und Gesellschaft verhindert hatten. In diesem Sinne wurden die Anhänger der Hindu-Monarchie zur völligen Bedeutungslosigkeit verurteilt.

Aber auch die politischen Parteien, die wesentlich zum Scheitern des demokratischen Systems von 1990 beigetragen hatten, wurden für ihr Vergehen bestraft. So gewann der *Nepali Congress* (NC), der sich bis heute als einzige wirklich demokratische Partei Nepals sieht, lediglich 19 Prozent der Sitze. Nur unwesentlich schlechter war das Ergebnis für die zweite große Partei des 1990er Systems, die *Communist Party of Nepal (Unified Marxist-Leninist)*, kurz CPN (UML). Für letztere war es nicht nur eine Abstrafung seitens des Volkes, vielmehr bekam die Partei auch die Konkurrenz zu spüren, die ihr im linken Spektrum mit der sich erstmals an Wahlen beteiligenden CPN (Maoist) erwachsen war. Letztere Partei gewann gut 38 Prozent der bei den Wahlen zu vergebenen Mandate, auch, weil ihr Programm am weitestgehenden auf ein inklusives gesellschaftliches und politisches System setzte und sie dies

schon durch die Auswahl ihrer Direktkandidaten wesentlich stärker untermauerte als die beiden anderen großen Parteien.

Am Ende hatte die CPN (Maoist) mehr Abgeordnete als ihre beiden größten Konkurrenten, NC und CPN (UML), zusammen. Nur das *Maoist People's Rights Forum* (MPFR), eine noch junge Partei aus dem Tarai, gewann noch nennenswerte 52 Mandate, doch hat sich diese Partei inzwischen gespalten, wodurch ihre beiden Splitterguppen heute ähnlich bedeutungslos sind wie die übrigen 21 in der CA vertretenen Parteien.

Diese Situation bedeutete ein klares Mandat des Volkes an die CPN (Maoist), die Leitung der Regierung zu übernehmen. Da es bei den Wahlen zur CA ohnehin in erster Linie darum gegangen war, ein Gremium zu benennen, welches die Grundlage des zukünftigen Staatswesens schaffen sollte, konnte die Aufgabe der Regierung in erster Linie nur die Verwaltung der Alltagsgeschäfte während der Übergangsphase sein. Die Parteipolitiker aber taten vom ersten Augenblick an so, als habe es sich um normale Parlamentswahlen gehandelt. Vor allem der NC wollte seine Niederlage nicht verzeihen, seine Führer sind bis heute zu keiner Selbstkritik in der Lage.

So wurde die Rechtmäßigkeit des Regierungsanspruchs der Maoisten

eine von der CPN (Maoist) geführte Koalitionsregierung mit dem Maoisten-Chef Pushpa Kamal Dahal (Prachanda) als Premierminister gebildet worden, an der sich der NC nicht beteiligte. Nach und nach wurden Absprachen getroffen, die die Verantwortung über in der CA die Wahl Ram Baran Yadavs (NC) zum ersten Staatspräsidenten durchsetzen könnten. In der Folgezeit versuchte der NC jede sinnvolle Regierungspolitik zu verhindern und griff hierzu auch gerne auf den Boykott der CA zurück. Bezeichnenderweise wurde er hierbei phasenweise von der an der Regierung beteiligten CPN (UML) unterstützt.

Damit sind wir bei einem weiteren Problem, das die derzeitige Krise noch verschlimmert, der internen Zersplitterung der großen Parteien. Bei der CPN (UML) stehen drei Führerpersönlichkeiten, allesamt Brahmanen, im Vordergrund, die immer wieder gegeneinander arbeiten. Der als gemäßigter geltende Jhanna Nath Khanal konnte sich bei der Wahl des Parteivorsitzenden durchsetzen, während Madhav Kumar Nepal später mit dem Amt des Premierministers zufriedengestellt werden konnte. Der Dritte im Bunde, K. P. Oli, repräsentiert den konservativen Flügel der Partei, lehnt jede Kooperation mit den Maoisten ab und vertritt eine konservativ-traditionalistische Gesinnung, die eigentlich eher zum rechten Flügel des NC passt. Innerhalb der CPN (UML) steht ihm Bidya Bhandari, die Witwe des 1993 tödlich verunglückten Parteideologen Madan Kumar Bhandari, am nächsten. Bidya Bhandari ist heute Verteidigungsministerin, lehnt eine Integration der maoistischen Armee in die Nepal Army ab und verlangt wiederholt die Revidierung des Friedensvertrags mit den Maoisten, in welchem eben diese Integration schriftlich festgehalten wurde.

Im NC wiederum will der alternde Parteichef Girija Prasad Koirala das

durch demokratische Strukturen ersetzt sähe.

Vor wenigen Jahren war es beispielsweise noch so, dass der Parteikonvent den Parteivorsitzenden des NC wählte und dieser dann alle Mitglieder des Zentralkomitees, d. h. des Hauptentscheidungsgremiums der Partei, nominierte. Später wurde dann die Hälfte dieser Mitglieder vom Konvent gewählt. Anfang November wurde dieser Teil der Parteitzusammenkunft heiß diskutiert. Noch immer konnte man sich nicht bei den CA-Wahlen geraten zu sein. Bei den acht Direktkandidaten des NC der erweiterten Koirala-Familie an, doch konnte sich kaum jemand von ihnen durchsetzen. Diese Tatsache und der fortgesetzte Nepotismus Girijas trugen zu vermehrtem Unmut innerhalb der Partei bei. Girijas stärkster innerparteilicher Konkurrent unter dem 1990er System, Sher Bahadur Deuba, ein Chhettri aus dem äußersten Westen Nepals, scheint dabei nicht mehr eine so bedeutende Rolle zu spielen

NEW CENTRAL COMMITTEE STRUCTURE

President	1	Elected
Vice-President	1	Nominated
General Secretary	2	Elected / Nominated
Joint General Secretary	1	Nominated
Member	2	Elected
CP members	6	Elected
CP members	6	Elected
CP members	5 (Maoist)	Elected
CP members	5 (Indigenous nationalities)	Elected
CP members	1 (Muslim)	Elected
CP members	16	Nominated
		5 Women, Dalit, Indigenous nationality, Madhesi, Muslim

One general secretary, vice-president and joint general secretary will be nominated from the 61 elected CP members

So ist der NC heute ein Spiegelbild der Krise der Nation. Intern stellt die Partei noch weniger eine Einheit dar als in den 1990er Jahren, als Girijas wiederholt verschobenen Generalkonvent der Partei soll sein Neffe Sushil Koirala seine Nachfolge als Parteichef antreten. Doch ist dies umstritten, weil eine jüngere Generation von Parteiführern die Tradition der Ämtervergabe durch Nominierung seitens des Vorsitzenden gerne

Bezeichnend ist, dass es mit dem Präsidenten einen weiteren Krisenfaktor aus den Reihen des NC gibt. Als im Frühjahr 2009 die maoistisch geführte Regierung von Premierminister Dahal den Armeechef Katawal wegen mehrfachen Fehlverhaltens des Amtes entthob, war es Präsident Yadav, der mit seiner Aufhebung der Regierungsentcheidung seine Machtgrenze bei weitem überschritt und den Grundstein für die heutige Krise legte.

Dabei war die Amtsenthebung Katawals durchaus begründet, ja, eigentlich hätte er gar nicht zum Armeechef berufen werden dürfen, weil er Mitverantwortung für das Verschwinden von mindestens 1000 Personen aus dem Gewahrsam des Militärs während der Phase der königlichen Machtergreifung zu tragen hat. Anfang 2009 widersetzte er sich dann wiederholt Anordnungen der Regierung, lehnte die dringende Integration der maoistischen Partisanenarmee grundsätzlich ab und verstärkte dieses Ansinnen noch durch die vom Verteidigungsministerium und Obersten Gerichtshof untersagte Neurekrutierung von Soldaten. Als Präsident Yadav sein Eingreifen nicht revidieren wollte, trat die Regierung von Dahal zurück. Der bekannte indische Nepalexperte S. D. Muni sagte hierzu markant, in Indien hätte in einer solchen Situation nicht der Regierungsvertrag, sondern der Armeechef den Hut nehmen müssen.

Das Einschreiten Yadavs und seine konstante Weigerung, sein Fehlverhalten einzugestehen, lähmen seither den gesamten Friedens- und Erneuerungsprozess. Zwar konnte im Mai nach wochenlangen Bemühungen eine neue Regierung unter Premierminister Madhav Kumar Nepal gebildet werden, doch ist bei rund 20 beteiligten Parteien eine effektive Regierungsarbeit nicht möglich; die immer noch nicht abgeschlossene, aber bereits fast 50 Personen umfassende Kabinettsliste spricht Bände.

Doch auch die ohnehin völlig vernachlässigte Arbeit der CA kommt nicht voran. Zwar arbeiten die diversen Kommissionen im Hintergrund weiter, wenngleich wenig in den Medien darüber berichtet wird, doch ist eine parlamentarische Diskussion der von den Kommissionen erarbeiteten Vorschläge nicht möglich, weil die CPN (Maoist) die CA boykottiert, in der sie immerhin über fast 40 Prozent der Sitze verfügt.

Anfang November erreichten die Poteste der Maoisten eine neue Ebene mit der landesweiten Blockade der nationalen und lokalen Regierungs-einrichtungen. Verbal klingen die Attacken der maoistischen Führer oft wie die Androhung einer dritten Volksbewegung, wenngleich dieses Ansinnen offiziell bestritten wird. Die in Nepal vertretenen Diplomaten der internationalen Staatenwelt zeigen sich ebenso besorgt wie UN-Generalsekretär Ban Ki Moon. Die Zivilcourage des letzteren, die nepalischen Probleme beim Namen zu nennen, haben in diversen politischen Kreisen des Landes zu einem Aufschrei der Empörung geführt. Man spricht von Einmischung der UN in die inneren Angelegenheiten Nepals, was fast so klingt wie die Reaktionen totalitärer Regime, wenn sie von der UN kritisiert werden. Dabei hat der UN-Generalsekretär nichts als die Wahrheit gesagt. Das UN-Mandat zur Überwachung der Integration der maoistischen Partisanenarmee in die *Nepal Army* läuft demnächst aus und dürfte wohl nicht noch einmal verlängert werden. Es gibt keinen Grund zur Annahme, dass die Integration bis zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen sein sollte. Bis zum 28. Mai 2010 muss die neue Verfassung stehen; so will es die Übergangsverfassung vom 15. Januar 2007. Ohne Integration der Partisanenarmee aber wird es keine neue Verfassung geben. Wer diese Integration verhindern will, der will folglich auch keine Veränderung des politischen und gesellschaftlichen Systems.